

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Die Corona-Krise trifft auch das Berufsbildungssystem hart und stellt die berufliche Ausbildung vor enorme Herausforderungen. Junge Menschen sind durch die im Zuge der Pandemie ausgefallenen Berufsorientierungsveranstaltungen und Ausbildungsmessen, die erfolgten Schließungen von Berufsschulen, Unterbrechungen von Ausbildungen, Kurzarbeit in Ausbildungsbetrieben sowie einer geringeren Zahl von Neueinstellungen und einer ansteigenden Zahl von Entlassungen in besonderem Maße von der Krise betroffen. Inzwischen sind zwar viele Beschränkungen wieder gelockert, aber bei zahlreichen Ausbildungsbetrieben und ausbildenden Einrichtungen ist der Geschäftsbetrieb aufgrund der Corona-Krise immer noch eingeschränkt. Die weltweite wirtschaftliche Unsicherheit und individuelle Zukunftsängste bedrohen die Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe.

Mehr als 95 Prozent aller Ausbildungsbetriebe im dualen System sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Sie haben über 70 Prozent der bestehenden Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen. Gerade im besonders betroffenen Einzelhandel und im Verkehrs- und Logistikbereich finden sich im Land Bremen stark besetzte Ausbildungsberufe. Doch gerade diese Leistungsträger des Ausbildungssystems sind vielfach besonders von den Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen. Zu erwarten ist eine Reduzierung der angebotenen Ausbildungsstellen für das im Sommer 2020 beginnende Ausbildungsjahr. Laut Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit gibt es deutliche Rückgänge bei den gemeldeten Ausbildungsstellen, auch wenn sich die weitere Entwicklung noch nicht abschätzen lässt. Bis zum Monat Mai wurden von den Betrieben im Land Bremen 853 Lehrstellen weniger gemeldet als im Vorjahresmonat. Das entspricht einem Rückgang um 17,6 Prozent. Dies ist umso besorgniserregender, da im Land Bremen schon vor der Corona-Krise eine Unterversorgung der Bewerberinnen und Bewerber zu verzeichnen war. Bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres bleiben nur noch wenige Wochen, und es droht ein verlorener Corona-Jahrgang.

Das Erfolgsmodell „duale Ausbildung“ muss auch in Krisenzeiten Bestand haben. Denn die Fachkräfte, die heute nicht ausgebildet werden, würden unserer Wirtschaft morgen fehlen. Es braucht einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“, damit junge Menschen auch in Zeiten der Krise gute Ausbildungsperspektiven haben. Möglichst alle jungen Menschen, die dies wünschen, sollen eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen können. Gleichzeitig müssen Anreize für Betriebe geschaffen werden, auch weiterhin in den Fachkräftenachwuchs zu investieren.

Das Bundeskabinett hat dazu am 24. Juni die Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen. Damit werden Vereinbarungen aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket umgesetzt, das dafür insgesamt 500 Mio. Euro vorsieht. Konkret sollen Betriebe für jeden Ausbildungsvertrag, der für das Ausbildungsjahr 2020/2021 abgeschlossen wird, eine Prämie von 2.000 Euro, bzw. 3.000 Euro bei zusätzlichen Ausbildungsplätzen, erhalten. Wenn ein krisengeschüttelter Ausbildungsbetrieb weiterhin ausbildet, übernimmt der Staat für jeden Monat, in dem die Kurzarbeit bei mindestens 50 Prozent liegt, 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung. Ein KMU, das Auszubildende aus einem insolventen KMU übernimmt, erhält eine Förderung von 3.000 Euro pro Auszubildendem. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll durch Verwaltungsvereinbarung der Bundesagentur für Arbeit übertragen werden. Zudem wird eine Förderung der Auftrags- oder Verbundausbildung geprüft. Das neue Bundesprogramm muss nach seinem Inkrafttreten im Land Bremen zügig umgesetzt werden.

Die Landespolitik und der Senat müssen ihren Aufgaben ebenfalls gerecht werden. Hierzu zählt auch die Ausweitungen der „eigenen“ Ausbildungskapazitäten. Im Land Bremen wird seit 2014 die Ausbildungsgarantie im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms mit jährlich 4 Mio. Euro umgesetzt. Diese Maßnahmen gilt es nun zu intensivieren und zu beschleunigen, wobei der Fokus auf „regulären“ betrieblichen bzw. schulischen Ausbildungsplätzen liegen sollte. Zudem müssen die Instrumente der Regelförderung durch Agentur für Arbeit und Jobcenter schnell und in dem notwendigen Umfang zum Einsatz kommen. Gerade kleinere Ausbildungsbetriebe, aber auch die Jugendlichen selbst, benötigen darüber hinaus aktuelle und zielführende Informationen und Beratungsangebote, um bei der Vielzahl der Instrumente und Programme nicht den Überblick zu verlieren. All dies erfordert eine verstärkte Koordination. Zudem müssen die beruflichen Schulen im Land Bremen zügig ans digitale Zeitalter herangeführt werden, denn auch im kommenden Berufsschuljahr ist nicht von der lückenlosen Rückkehr zum Normalbetrieb auszugehen. Die COVID-19-Pandemie hat die Defizite auf diesem Gebiet schonungslos offengelegt.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich mit den Wirtschaft- und Sozialpartnern, der Agentur für Arbeit und den Jobcentern im Land Bremen eng abzustimmen, um die Planungen im Bereich Ausbildung zu synchronisieren, auf die aktuellen Bedarfe anzupassen und passgenaue Lösungen zu entwickeln;
2. in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Krisenstabes „Ausbildung“ bei der Jugendberufsagentur zu prüfen;
3. gemeinsam mit den Kammern sicherzustellen, dass möglichst alle unmittelbar bevorstehenden Abschlussprüfungen in diesem Jahr fristgerecht durchgeführt werden können und für die Fälle, wo dies nicht möglich ist, die Voraussetzungen für eine rechtssichere und praktikable Verlängerung der Ausbildungszeit zu schaffen;

4. sicherzustellen, dass die im Zuge der Pandemie ausgefallenen Unterrichtsinhalte an beruflichen Schulen kurzfristig nachgeholt werden können und den Auszubildenden dadurch keine Nachteile entstehen;
5. Angebote für alternativen Berufsschulunterricht, z.B. online, zu entwickeln, die Schulen mit den dafür nötigen Lehr- und Lernmitteln (digitale Infrastruktur, Programme, Endgeräte etc.) auszustatten und dafür auch Gelder aus dem „Digitalpakt Schule“ vorzusehen;
6. zu prüfen, inwiefern sich die Ausbildungskapazitäten in den senatorischen Behörden, in landeseigenen Mehrheitsgesellschaften und bei den landesrechtlichen schulischen Ausbildungen ad hoc ausweiten lassen;
7. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die neuen Instrumente der Agentur für Arbeit und der Jobcenter im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ im Land Bremen schnell in Kraft gesetzt und effektiv zur Anwendung gebracht werden können;
8. die bestehenden Instrumente der Regelförderung durch Agentur für Arbeit und Jobcenter (Insolvenzgeld; AzubiPLUS; Außerbetriebliche Ausbildung; Betriebliche Einstiegsqualifizierung; Assistierte Ausbildung; Ausbildungsbegleitende Hilfen für Auszubildende etc.) schnell und effektiv zum Einsatz zu bringen und diese, falls erforderlich, auszuweiten;
9. die Instrumente der Ausbildungsgarantie des Landes (Chance betriebliche Ausbildung; Außerbetriebliche Ausbildung; Ausbildungsverbünde etc.) schnell und effektiv zum Einsatz zu bringen und diese, falls erforderlich, auszuweiten;
10. sämtliche im Land Bremen verfügbare Instrumente zur Ausbildungsförderung gemeinsam mit den Kammern und der Agentur für Arbeit in den Betrieben und Ausbildungsstellen im Land Bremen zu bewerben sowie übersichtlich darüber zu informieren und zu beraten;
11. die persönlichen Berufsberatungen und Informationsveranstaltungen in den Schulen sowie im Haus der Agentur für Arbeit, die in der entscheidenden Phase wegen der Pandemie nicht stattfinden konnten, umgehend wiederaufzunehmen und zu intensivieren;
12. die Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie die Deputation für Kinder und Bildung kurzfristig und regelmäßig über die Entwicklung auf dem bremischen Ausbildungsmarkt, sowie die geplanten und getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Ausbildung in der Corona-Krise zu informieren.

Beschlussempfehlung:

Bettina Hornhues, Yvonne Averwieser, Carsten Meyer-Heder, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU